

Russische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag: Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3667—3698, Telegrafische Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postfach-Konto: Berlin 660, Wöchentlich 1 Mark, Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

10 Pf. [Ankündg.] L 15 Pf., Nr 518

Berlin
DIENSTAG, 3. NOVEMBER 1931

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-25

MORGEN-AUSGABE

Pariser Heimkehr-Jubel

Lavals triumphaler Einzug in die Hauptstadt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 2. NOVEMBER

Im Triumph als Ministerpräsident Laval nach Paris zurückgekehrt. Eine unübersehbar Menschenmenge hielt schon lange vor Anfuhr des Staatsanwalts-Schneewagens in Paris den Bahnhof St. Lazare besetzt. Die einlaufenden Portierzüge spürten immer neue Wellen aus, die alle auf den Bahnhof zueilen. In der Hoffnung, Laval sehen zu können, auf dem Anfuhrschiff selbst hatte sich das gesamte Rabinet mit den beiden „Elatkaltären“ Laval, Cardeau und Wardar, an der Spitze eingefunden. Nur Laval fehlte, der sich noch zur Erholung auf seinem Landgut aufhielt. Das Diplomatische Korps war vollständig erschienen, ebenso auch diesmal die Delegation aus Laval's Bürgermeisterei Aubervilliers mit der Stadtapelle.

Als der Sonderzug eintraf und Laval gerade den Fuß auf den Bahnsteig setzen wollte, machte die Menge das ganze Empfangsprogramm zunichte. Die politischen Abfertigungen wurden im Nu durchbrochen. Nur mit Mühe konnte sich Laval durch die quirlende Menge hindurchdrängen, und um ihn vor dem Zustrom der Massen aus nur einigermaßen zu schützen, war die Polizei genötigt, auch die Minister und alle offiziellen Persönlichkeiten umfaßt abzuipieren. Bergeweise luden die Fotografen Laval's Bild zu erhaschen. Bergleich rief die Delegation von Aubervilliers nach ihrem „père“. Zur Stadtapelle überläute und erschütterte das Getöse mit der Worstapelle.

Ministerpräsident Laval, der in der Unordnung des Pariser Empfangs noch nicht einmal seine Minister begrüssen, geschweige denn eine Erklärung an die Presse abgeben konnte, hat heute früh in Le Havre, kurz nach der Anfuhr des Schiffes, einen „Gruß an das französische Volk“ erlassen. Er sei sehr glücklich über die Ergebnisse seiner Reise und hoffe, daß sie fruchtbare Folgen für den Frieden und das Glück der Welt bringen werde. Der Bürgermeister von Le Havre, der radikale Abgeordnete Léon Meyer, berichtete dem Ministerpräsidenten in seiner Begrüßungsansprache, daß die öffentliche Meinung in Frankreich die Liebeszeugung habe, französische Interessen seien in Washington wohl gewahrt worden. Allerdings seien die amtlichen Berichten über die Verhandlungsergebnisse in Washington „unvollständig und unklar“ gewesen, als daß man sich über ihre Tragweite wirklich volle Bescheid wissen könne.

Trotz der zündigen Kritik der Journalisten auf der Reise von Le Havre nach Paris hat sich Laval doch zu einigen Äußerungen bequemt:

„Sie haben ohne drastisches vom Schiff aus an Reichsanstaltler Zeitung nach Berlin telegraphiert?“

„Nein, noch nicht, lassen Sie mich erst nach Paris kommen.“

„Was sagen Sie zu dem Projekt Francoqui?“

„Das lenne ich noch nicht genau, im übrigen geböt das zum Reichsanstaltler nicht.“

„Kommt Hoover nach Paris?“

„Nicht die Rede davon.“

„Aber Dorch kommt?“

„Er hat es versprochen, und es wäre wirklich wünschenswert, wenn er es täte.“

„Sie wollen eine internationale Konferenz im Dezember einberufen?“

„Ja, das ist möglich, aber ich kann noch nichts Bestimmtes darüber sagen.“

Die Radio-Agentur bestätigt in einer Meldung ihres Sonderberichterstatters an Bord der „Le de France“, daß Laval eine „definitive Erklärung“ der Reichsregierung über das Young-Memorandum erbitte und daraufhin eine internationale Konferenz für Anfang Dezember nach Warschau einberufen werden, die die Restitutions der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Revision des Young-Plans noch vor Eröffnung der Abrüstungskonferenz und vor Ablauf der deutschen Kurztredite erledigen könnte.

Kurz nach seiner Anfuhr hat Laval dem Präsidenten über seine Verhandlungen mit Hoover Bericht erstattet. Der Besuch des deutschen Botschafters v. Sövelg morgen nachmittag wird, wie der Ministerpräsident selbst noch auf dem Schiff erklärt hat, in Anwesenheit des Außenministers Briand stattfinden. Laval betonte ausdrücklich, daß er morgen vormittag noch den Ministererrat über seine Verhandlungen ins Bild setzen müsse.

Washington meldet sich an

WASHINGTON, 2. NOVEMBER

Der Meldung des „Petit Parisien“ vom Dampfer „Zele de France“, daß im Dezember in Warschau eine Konferenz aller wichtigeren an der internationalen Schuldenfrage interessierten Regierungen stattfinden werde, wird hier für durchaus wahrscheinlich gehalten. In amtlichen Kreisen betonte man, daß Laval mit Hoover diese Fragen eingehend besprochen und daß man sich dahin geeinigt habe, im Interesse der Erreichung wirklich brauchbarer Resultate den nächsten Schritt zum Entzug kommen zu lassen. Es nur auf diesem Wege den amerikanischen Steuerzahlern der Vorbehalt größerer Opfer unterbreitet werden könne.

Dieser Vorbehalt wurde kürzlich hier bereits in privaten Besprechungen zwischen der Regierung und Parlamentariern vorbereitet, und es ist bekannt, daß Finanzminister Mellon nebst anderen Regierungsmitgliedern die Ansicht vertritt, daß eine Einigung am Einmaligen auf Konte der ältesten Kriegsschulden mehr denn wettgemäht würde durch Verlegung des Weltbankens, die einer allgemeinen Deregulierung der internationalen Regierungsschulden folgen dürfte.

Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß die amerikanische Regierung in irgendeiner Form auf der Briarcliff Konferenz vertreten sein werde, obwohl zur Zeit nichts darüber entschieden sei. Zunächst müßte das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Paris und Berlin sowie, falls irgend möglich, die Restitutions des Memorandums durch den hiesigen Kongreß abgewartet werden. Die Aussicht auf völligen Bericht auf Reparaturfragen einseitig des sogenannten unaufrichtbaren Treiben beurteilt man hier aus psychologischen und sachlichen Gründen ziemlich skeptisch.

Tokio verhandelt nicht

TOKIO, 2. NOVEMBER. (Reuter) Die japanische Regierung erklärt, daß es ihr unmöglich sei, den chinesischen Vorschlag zum unmittelbaren Verhandlungen auf Grund der Entschlossenheit des Bundesrats vom 24. Oktober anzunehmen.

China besteht auf Rückzug

GENF, 2. NOVEMBER Die chinesische Regierung antwortete auf die japanischen fünf Grundprinzipien vom 20. Oktober mit heute hier veröffentlicht. Die Japaner selbst, heißt es darin, hätten durch ihre Forderung die Forderung hergestellt, über die sie sich nicht besorgen. Eine militärische Forderung werde nicht niemals von einer Besetzung als friedliche Mittel angesehen. China erklärt sich, wie die chinesische Regierung von Anfang an in dem Bestehen, zur Annahme jeder Garantie für Sicherheit von

Die Doppelregierung bleibt

NANKING, 2. NOVEMBER Die Einigungsverhandlungen der Abgeordneten beider chinesischer Regierungen in Schanghai sind gescheitert. Als Ergebnis erklärte die Volksliste der Kuomintang-Regierung seien für die Nationalregierung in Nanking unannehmbar, denn sie widersprächen den Grundgesetzen der Kuomintang-Partei.

Wer trägt die Last der Krise?

Von MARIO PASSARGE, Berichterstatter der Vossischen Zeitung

ROM, ENDE OKTOBER

Während der Feiertage in Rom, mit denen das letzte Jahr der reichlichen Aera von eben demselben Ahalte eingeleitet wurde, von dem aus vor neun Jahren das Signal zum März auf Rom klang, hat Mussolini für die italienische Innenpolitik die folgenden Vorfälle aufgestellt:

„Auf das Gesamttrakt ausgeben. Wenn es noch Trennungswände geben sollte, die diese direkte Besetzung unseres Regimes mit

Umzugsverbot für ganz Preußen

Der Preussische Minister des Innern hat die Umzüge und Demonstrationen unter freiem Himmel für ganz Preußen von heute ab bis auf weiteres verboten.

dem Volke unterbreiten wollten, Trennungswände gebildet von Gruppen-Interessen oder von Einzelinteressen, je werden mit diese Wände im Interesse der Nation zertrümmert!

Das Wort „vertrümmert“ sprach der Duce mit der charakteristisch geräuschenden Art seiner Fingerbewegung Silbe für Silbe aus und an dieser Stelle ließ er nach der Beifall der Menge eine ordentliche Gewalt an. Mussolini hatte wieder einmal aus der Masse, die ihm zuhörte, das Wort zugezogen erhalten, auf das je alle warteten.

Aus einer Rede des Korporationsministers Bottai in Bologna erklärt man, zu welchen Bedeutungen diese Kundgebung geführt hat, extremen Deutungen, denen man miderstehung gelassen werden muß. „Seit jener Rede von Rom“, so äußerte sich Bottai, „hört man, dass Ende des Kapitalismus sei gekommen und daß die korporative Wirtschaft nunmehr neue Wege zu gehen habe, die irgendeine zum Staatssozialismus oder zum russischen Bolschewismus führen.“

Eine bestimmte Auslegung des Mussolini-Wortes wird nun als höchst oder verwerdlich abgelehnt. Wenn der Geist man selbst, daß irgend etwas im wirtschaftlichen Abzug getriebe in Unordnung geraten ist, so ist er doch noch weit davon entfernt, unter die Funktion des Kapitals, des Eigentums und der Arbeitnahme das Wort Ende zu setzen. Kapital und Eigentum bleiben ihm immer noch die zwei wichtigsten Bestandteile seines wirtschaftlichen Systems. Wohl aber glaubt man, daß es zu einer Berichtigung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und zu einer Berichtigung ihrer Funktionen kommen müsse.

Von großem Interesse für die allgemeine wirtschaftliche Lage Italiens und besonders jener Schattenzonen, die zur Heupeler Rundgebung geführt haben müssen, ergeint eine längere Betrachtung des ehemaligen Finanzministers Alberto Cellario, die ungefahr gleichseitig im „Corriere della Sera“ abgedruckt wurde. Der Verfasser hat davon aus, daß die Enttarnung der großen „Mittler“-gesellschaften zu einer kaum mehr erträglichen Belastung der Staatswirtschaft geführt habe. Der Bürger, als Verbraucher und Steuerzahler, unterhalte diese Gesellschaften durch die verschiedensten Arten von Erträgen, während er in der Berufsaktivität seinen Ertrag aus der kapitalwirtschaftlichen Mitteln mitbringen habe. Der Verfasser glaubt auf diese Weise auf zu einer Initiative, die sich nicht über ihre Arbeit oder ihren Dienst, sondern ihre eigene Existenz bezahle lasse. „Die Nation“, so definiert es der Cellario, „wird zu einem Altanator, a fonds perdu, indem diesem keine Möglichkeit der Kontrolle gegeben ist.“

Die Ökonomie der Berufsaktivität seien überfordert, wenn diese Berufsaktivität von Verbrauchern auf wirtschaftliche außerordentliche Zwangsunterstützungen erbehe. Die Selbstständigkeit“, so stellt man weiter, „mit der der Verbraucher diese Gesellschaften über, als Altienkapital verfügen, die Banken es für ihre eigenen Zwecke manipulieren, beneid die Notwendigkeit, für die eigenen Unternehmen unterhaltenen Nation das Recht auf irgendeine Garantie dafür einzuräumen, daß die dort ihr gebrauchten Opfer auch richtig angewendet wer-

Septemberlinge ...

Nationalsozialisten über Nationalsozialisten

In der „Hartburger Front“ gegen die Auseinandersetzungen weiter. Der nächste Vertrauensmann Stiller, Gregor Straker, behandelt die Neuzugänge der „Deutschen Frontbewegung“, des Organs des Deutschnationalen Handlungsheilverbands, über Weining und Stiller höchst feierlich als Bündnisangebot der Christlichen Gewerkschaften und gibt sich den Hoffnungen, als ob damit gleich die ganze Front sich gegen die „Nationalsozialisten“ wendet. Der „Nationalsozialistische Handlungsheilverband“ nimmt eine Sonderstellung in der christlichen Arbeiterbewegung ein. Ein großer Teil seiner Mitglieder wählt nationalsozialistisch und viele Führer sind teils Nationalsozialisten, wie Stoehr, teils Christlich-sozial und Konfessionelle. Mit dem Zentrum behält nur Stiller indirekt durch die christlichen Gewerkschaften eine Beziehung. Doch die nationalsozialistische Führung haben sich bereits den Fäden „Reinigung“ weiterzuführen. Kennzeichnend die Entfaltung der Hartburger Frontbewegung mit Augen und der Schwerindustrie. Sehr deutlich erklärt die „D. A. Z.“:

Nachdem es endlich einmal gelungen war, auf dem Boden nationaler Vorkommnisse eine taktische Kampfeinheit der Fronten aufzubauen zu bringen, ist der an sich nicht überhöfliche Versuch der Gegner, die Front zu zerlegen, gefährlich und so ernst zu nehmen, wie es die letzten Ereignisse zeigen. Die gewichtige nationalsozialistische Faktoren, zuletzt der Abgeordnete Stoehr, ist aufgenommen haben, wirkt ungemein deplaciert und widerspricht zudem gewissen Abmachungen, die im engen Führerkreis getroffen zu sein scheinen. Aber diese Feststellungen können darüber nicht hinwegtrüben, daß das sozial-revolutionäre Element im Nationalsozialismus und im veränderten Bürgerstande außerordentliche Stoffkraft besitzt. So daß auch das bismarckische System, sofern es mit dem Reichstagen verbunden, die besten Aussichten hat, gehrt und befolgt zu werden.

Der „Streit um die künftige Führung“ wird offenbar nicht nur zwischen Augenberg und Stiller ausgefochten, sondern auch im Hinterland selbst. Nur so ist ein Artikel des „Wag.“ über die „Septemberlinge“ zu erklären, die heute die erst nach dem letzten Reichstagswahlkampf in die Nationalsozialisten gefunden haben. Von diesen neuen Kampfern folgt der Reichspropagandachef der Partei: „Diese widerlichen Zeitgenossen kommen vor allem aus den Ständen von Besitz und Bildung. Sie fanden den Weg zu uns erst dann, als der Nationalsozialismus seine atemberaubende Geschwindigkeit teilweise verlor. Sie sind den alten, braunen Parteigenossen überlegen an intellektueller Stoutheit, haben aber Charakterlich und gesinnungsmäßig hinter uns liegen.“

Die „Konjunkturverläufe“ sind durch die Bewegung, die nach ihrer Meinung „zur breiten Bewegung“ gefördert werden sei, ihrerzeit die Führer und einflussreichen Köpfe zur Verfügung zu stellen. Überdies „schieben“ den alten Parteiführern und macht sie (auch gegen die Seele von „Besitz und Bildung“, ganz so, wie das früher in den sozialdemokratischen Gewerkschaftskreisen üblich war. Um liebigen mag sein Urteil über die „widerlichen Zeitgenossen“, die dem Nationalsozialismus nachlaufen, durchaus zutreffend.

Für Aufhebung der Arbeitslosen-Versicherung

Der Vorstand des Reichs-Rätebundes hat sich dem Vorhaben des Landgemeinderats angeschlossen und verlangt, dass

Braucht die Notzeit Kunst?

Kundgebung der Künstlerverbände

In ehemaligen Herrenhaus versammelt gefahren die Spitzenverbände des Schrifttums, der Musik, der Malerei, der Literatur, der Kunstgewerbe und Kunsttischlerei eine einflussreiche Kundgebung über die Notzeit der Kunstschaffenden in der Notzeit der Gegenwart.

Freitag v. Pechmann begann: Grundsätzlich meinen heute viele, der Künstler finde nur dem Schicksal, in Notzeiten wie der unseren müsse er beistehe stehen. Durch den geschalteten Willen ließe aber der Aufhebung der jungen Industriebeschäftigten erst möglich gemacht, die der international geführte, überreiche und geistvolle deutsche Qualitätsarbeit — besonders auf gewerblichen Gebiet — brachte. Der durch den Weltkrieg ungedeckte Schöpferwille der fruchtbarsten Künstlerhöfe Deutschlands (was in der Kunst nicht „Kreuzzug“ und „Kampagne“ hießen) heute wie geföhnt zu sein.

Der Direktor Walter von Moio floß über die geringe Geltung, die der Schriftsteller heute in Deutschland genießt. Freiber war das anders: Als Wilhelm von Humboldt vor hundert Jahren nach Jena und Herford Kulturminister wurde, leitete seine Forderung der Staat muß durch geistige Reize, was er an physischen verloren habe, ersetzen. Jede Regierung werde heute auf eine Stimme, unliebend, amtliche Äußerung beschließen, wenn sie die ordnungsgemäße Ausübung des Schöpferwillens nicht will, den sie die Notzeit überbrücken. Die Notzeit der Gegenwart ist ein freies. Die ständige Anbetung aller greifbaren Werte auf Kosten der geistigen liebt Notzeiten, sondern Selbstverwirklichung. „Das Deutschland“, rief Moio aus, „das nur an Offen, Kleidung und Heizung denkt, dieses Deutschland kann ruhig von der Welt der Welt sein.“

Auch der Bildhauer Rudolf Dörschler protestierte gegen den Vorwurf, daß die künstlerisch Schaffenden in der Notzeit überflüssig und Kunst in der Kunst ein Luxus sei. Mag es „Schilling“, der, aus Dresden unabweichlich, ein Schreiben geschloß, freudig von der einflussreichen deutschen Kunstwelt und Musikwelt, das unter künstlerischer Führung ein wenigstens erreichen möchte, und forderte dringend, ein unerlässlich geistiges Erbe trotz augenblicklicher Not für Gegenwart und Zukunft zu erhalten.

Von den vielen sympathischen Kundgebungen, deren Verlesung von der überflüssigen Verlesung, die sich selbst ausgenommen wurde, ist die Kundgebung des Reichs-Rätebundes, die am Montag dort den Kulturkreis wegen der großen Notlage nicht kurz, sondern herauszuheben. Am Schluß nahmen die

eine vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosen-Versicherung erfolgt. Zur Erläuterung dieses Beschlusses wird erklärt, daß die Arbeitslosen-Versicherung durch die verschiedenen „Reinigungs“-Bestimmungen der Reichsregierung bereits im wesentlichen ihre Zweckbestimmungen erfüllt hat und man daher auch den Reichsantrag völlig beizugehen und den Zustand vor 1927 wiederherstellen könne.

Die Uagebudn der Bölder

Zu der „Münchener Zeitung“ äußert sich der bekannte Sozialindustrialie Hermann Höfding zu den Prophezeien des Tages, wobei sein Urteil die Haltung des Reichstages in Bezug auf die wesentlichen Biligt. Zu den Verhandlungen zwischen Hoover und Canal bemerkt er, sie konnten

„unmöglich im ersten Anlauf einen vollen Erfolg erbringen, da Canal einseitige Regelungen, insbesondere erhebliche Zinsänderungen auf dem Gebiet der Reparationen, seiner herkömmlichen Rahmen. Dieser Rahmen im nächsten Frühjahr erfolgen, nicht vorliegen darf. Wohl aber ist der Wille, die bisherige internationale Zusammenarbeit beizubehalten und gemeinsam den Weg aus der Weltkrise zu finden, was besteht aus den Befriedigungen herbeizuführen. Sehr vollständig ist auf dem politischen Boden ein Vorgehen, das wir Industriellen längst aus den Verhandlungen über die internationalen Subsidien kennen: Fühlungnahme zwischen den Vertretern der Staaten und den Vertretern der Arbeiter, während man sich über den Vorkriegszeit der gegenwärtigen Schwerkriegszeit, Rückwärts oder mehr die glückliche Lösungen zu ihrer Befriedigung und Vermeidung des Krieges ableiten gegen alle. Der Unterschied ist nur der, daß bei internationalen Verhandlungen der Staatsmänner die Uagebudn der Bölder, ihre brennenden Räte beizugehen zu sehen, nur sehr schwer in Einklang zu bringen ist mit dem aufeinander stützenden langsame Fortschritt, den diese Verhandlungen notwendigerweise erfordern.“

Es ist nicht unmöglich, daß hier einmal von einem Ratte der „Reinigung“ die bestmögliche Schwerkriegszeit, unter denen die wichtigsten Verhandlungen heute stehen, erkannt und das christliche Bedürfnis, ihrer Herr zu werden, anerkannt werden.

Republikaner, wehrt Euch!

Reichsbanner-Protest gegen Fried

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fried, der sich nach seiner Thüringer Ministerföhrigkeit über Anstandslos wieder ungeteilt seinen Aufgaben als Mandatsträger widmet, hat kürzlich in Frankfurt a. d. Oder wieder einmal viele Proteste hervorgerufen. Er kündigte an, daß die Nationalsozialisten 24 Stunden nach der Übernahme der Macht den Marxismus mit „Stempel und Stiel“ ausrotten würden, wie es in Italien in vorbildlicher Weise geschehen sei.

Was Fried sich unter dieser Drohung vorstellt, und wie sie von seinen G. A. -Leuten verstanden wird, haben die Vorgänge in Braunschweig zur Genüge gezeigt. Mit Recht beantwortete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold diese Revolution mit einer Protestkundgebung, die die geschlossene Wehrfront aller republikanisch gesinnten Kräfte gegen jeden Gewalttat zeigen soll. In Letztem sind am Sonntag mehr als 1000 Mann gegen diese Drohe aufgetreten. Und in zahlreichen anderen Orten wird zu Kundgebungen aufgerufen.

Verbände der Künstlerföhrer eine Kundgebung, in der die Künstlerföhrer die ihr zugehörenden Anteil an der Ausgestaltung Deutschlands fordert.

Wettbewerb für das Düsseldorf-Heinrich-

Wettbewerb für das „Höfding-Gedächtnis“ wird aus Düsseldorf geschrieben: Der Ausschuss für die Errichtung eines Heinrich-Heinrich-Denkmal in Düsseldorf hat jetzt einen Wettbewerb zur Erlangung geeigneter Entwürfe ausgeschrieben. Am Standort hat das Denkmal die der Ehrenhof der am Rhein liegenden Ausstellungsbauten gemacht werden. Der Bewerber hat völlige Freiheit in der Gestaltung. Die Kosten einschließlich Künstlerhonorar dürfen 20000 Mark nicht übersteigen; das Material (Bronze, Gestein) ist freigelegt. Das Ausschreiben wendet sich an die Düsseldorf-er Künstler, außerdem den zur Ausstellung eingeladenen Professor Müller in Dresden, Prof. Meier in München, Prof. Georg Rohde und Prof. Edwin Scharif in Berlin. Am Freilen haben zur Verfügung: Nr. 1. Preis die Unterbringung der Ausföhrung, als bis 4. 1000, 1500 und 1000 Mark. Späterer Einreichungstermin der Entwürfe: 1. Mai 1932.

Brückmanns Eintrittsvorlesung. Der neue Buchhändler der Berliner Universität, Professor A. E. Brückmann, beginnt seine Vorlesungen am Mittwoch, dem 4. November im Malgebäude, morgens von 10 bis 11 Uhr. Brückmann liest über „Barock und klassizistische Kunst des 17. Jahrhunderts in Italien und Frankreich.“

VORTRÄGE

Alfred Schaeffer liest heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in der Wohnung von Dr. Maria Kramer in Berlin, Wilmertberg, über die eigenen Dichtungen. Die G. A. -Gesellschaft veranstaltet am Montag, 9. November, abends 8 Uhr, im großen Saal des Obermeringergartens, den Vortrag „Ein Vortrag über den Verfasser des „Reinigung“ von Heinrich Schaeffer“ über: „Die Religion des weltbildenden Dichters“ sprechen wird. Regitation: Kolber, 10. 11. 1932.

Musik von heute und morgen. Freitag, Dienstag, 8. Nov.: Verheiratheten: 8 Uhr: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Samstag, 9. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Sonntag, 10. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Montag, 11. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Dienstag, 12. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Mittwoch, 13. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Donnerstag, 14. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Freitag, 15. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Samstag, 16. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Sonntag, 17. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Montag, 18. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Dienstag, 19. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Mittwoch, 20. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Donnerstag, 21. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Freitag, 22. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Samstag, 23. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Sonntag, 24. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Montag, 25. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Dienstag, 26. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Mittwoch, 27. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Donnerstag, 28. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Freitag, 29. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Samstag, 30. Nov.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club). Sonntag, 1. Dez.: Verheiratheten-Abend (Hörner: Parthenon-Club).

Tanganjika bleibt Mandat

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 2. NOVEMBER

Der Nachrichtenbericht des Auswärtigen beider Häuser des britischen Parlaments ist heute veröffentlicht worden. Eine engere Union zwischen den englischen Kolonien Kenja, Uganda und dem Mandatsgebiet Tanganjika (früher Deutsch-Ost-Afrika), heißt es in dem Gutachten, werde zwar durch einen Will auf die Landkarte nahegelegt. Da Deutschland in Artikel 110 des Versailles-Vertrages auf seine früheren Kolonien zugunsten der alliierten und assoziierten Nationen verzichtet habe, diese Mächte aber dem König von England das Mandat über das Tanganjika-Gebiet übertragen, so erfordert jede Mandatsänderung die Zustimmung Englands, der Alliierten, des Völkerbundsrats und auch der Vereinigten Staaten (laut Vertrag von 1925).

Mit dieser Feststellung wird der Bericht alle Befürchtungen über eine etwaige Veränderung des heutigen Zustands durch eine einseitige Handlung zerstreuen. Die von mancher Seite umstrittene Dauer des Mandats sei einseitig durch die Bestimmung bestimmt, daß das Volk des Mandatsgebietes fähig geworden sein müsse, auf eigenen Füßen zu stehen.

In dem Bericht selbst sei zweifellos eine gewisse Reaktion gegenüber allen Unionsplänen festzuhalten, gibt der britische Bericht weiter zu. Einnütliche von manchen Zeugen hätten jede Vereinigungsmöglichkeit aus finanziellen Gründen in einer Zeit tiefer wirtschaftlicher Depression als denkbar ungeeignet bezeichnet.

Traf „Völkerverbund“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 2. NOVEMBER

In der Arbeitskommission des Völkerverbundes, die vor einigen Tagen ihre Herbersttagung begonnen hat, wurde heute mit der Vorbereitung des Ausschusses des Traf an der Reihe der Mandatsgebiete begonnen.

Traf soll bekanntlich schon im nächsten Jahr in den Völkerverbund als Mitglied aufgenommen werden. Der englische Oberkommissar beabsichtigt dem Lande seinen Besuch und Bericht, daß es mit seiner ersten Mandatsänderung einseitig möglich und reif sei, in die Gemeinde der zivilisierten Staaten einzutreten.

Walldwin in Downingstreet 11

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 2. NOVEMBER

Mit dem heutigen Tag find die Parlamentsarbeiten endgültig abgeschlossen. Von den 615 Abgeordneten entfallen 554 auf die Anhänger der Nationalregierung, 50 auf deren Gegner und 11 auf unabhängige Liberale und Parteilose. Kommunisten und Anhänger der „Neuen Partei“ Oswald Mosley haben also wieder ein einziges Mandat bekommen.

Es scheint, daß sich Premierminister MacDonald für die Umwidmung des Cabinets doch mehr Zeit lassen wird, man erwartet jedenfalls die Bekanntgabe der neuen Vize-Präsidenten der Woche. Eins aber steht bereits fest, nämlich daß die Kombinationen, die Stanley Baldwin als Schatzkanzler nennen, falsch sind. Er selbst Präsident des Obersten Rates und Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Möglich ist allerdings, daß er seine Wohnung in dem Hause Nr. 11 neben der berühmten Nr. 10 in Downingstreet nehmen wird. Diese Haus ist traditionsgemäß allerdings Wohnung und Amtssitz des Schatzkanzlers; man wird aber wohl eine Ausnahme machen, damit MacDonald und Baldwin auch äußerlich in engerem und schnellerem Kontakt miteinander treten können.

Kloyd George hat auf seine Anregung, daß Liberale und Labourer in gemeinsamem Gremium zusammenzutreten sollten, noch keine Antwort erhalten. Die Liberalen (insgesamt) im Parlamenten bisher lassen man, daß Kloyd George sich zum Führer der Arbeitervorkämpfer machen möchte; die Labourerführer sollen auf die G. A. -Gesellschaft als ihre stützende hingewiesen haben. Kloyd George ist aber für die Trade Unions bekanntlich ein rotes Tuch.

„Mit Rücksicht auf Halle ...“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HALLE, 2. NOVEMBER

Die rabiaten Studentengruppen in Halle haben ihre Aktion gegen den Theologiprofessor Dehn abgeschlossen, soweit es sich um den proklamierten Ausgang nach Leipzig und Jena handelt. „Mit Rücksicht auf Halle“, so erklären sie, verzichte man auf diesen Schritt. In Wirklichkeit haben sich die Korporationen, die ihre Verbindungsblätter in nicht auf den Rücken nehmen können, einfach geweigert, der anmaßenden Forderung der sogenannten „deutschen Studentenfront“ Folge zu leisten.

Der Kampf gegen Professor Dehn selbst, der in diesen Tagen seine erste Vorkundgebung halten, soll fortgesetzt werden. Man darf erwarten, daß sich die akademischen Behörden in ihrer freien Haltung nicht beirren lassen.

Eugenberg als Landbank-Zeuge

Geheimrat Eugenberg wird heute vor dem Untersuchungsamt des Preussischen Landtages, dem die Stadtrichter die Finanzgeschäfte des preussischen Staates mit den fortwährend drohenden Unternehmungen Eugenbergs übertragen ist, als Zeuge erscheinen.

Mundfunk stützt Kunst

Schlesien geht voran / Von LIC. THEOL. ERNST MOERING

Unter Hinweis auf die Diskussion, die Bronislaw Huberman in der „Vossischen Zeitung“ eröffnet hat, wurde vom Kulturbeirat der Schlesischen Funkstelle auf Antrag des Bucherdirektors Moering einstimmig beschlossen, den Reichsinnenminister zu bitten: 1. aus den Überschüssen der Sendegesellschaften eine einmalige größere Summe zur Erhaltung der Breslauer Oper und der Schlesischen Philharmonie zu gewähren; 2. die Erträge der Sendegesellschaften überhaupt ausschließlich für kulturelle Zwecke zu verwenden. Zur Begründung dieses Beschlusses führt Lic. Moering aus:

Die Räte der Theater sind überall die gleichen. Die Breslauer Oper ist aber keine lokale und keine schlesische, sie ist eine bedeutende Angelegenheit für ganz Europa. Sie ist es ebenso wie die Königsberger. Die Dirigenten und Schauspieler von jeder einem großen Teil ihres Bevölkerungsüberflusses nach Berlin abgeben, so wird hier das reiche Leben der Hauptstadt nicht mitspielen, sondern mit interessiertem Wohlwollen verfolgt. Aber diese (im Hintergedächtnis zu manden anderen Vandalen) sympathische Freude an dem geistigen Leben der Fremde ist ein Ertrag für die gesamte Bekanntheit der Königsberger. Berichte über Berliner Aufführungen sind kein Neuanfang für eigene Darbietungen. Hier im Osten besteht mehr als sonst in Deutschland die Gefahr der Vermittlung, der Schumpfung, und zwar auch der Vermittlung der Lebensweise und der Schumpfung des Lebenswollens. Hier alles zu tun, was dieser Verhagel entgegenwirken kann, muß gerade der Wille der Zentrale sein. Sie muß nicht nur aufpassen, sie muß auch geben. Selbstverständlich ist die Pflicht aus eine materielle Angelegenheit, aber sie ist es nicht allein und nicht in erster Linie. Immer dann eine Hilfe nur stützen, anregen, beleben, ihnen was das Entscheidende von den Wohlwollern des Ortes selbst gelan werden. Nur dann aber werden sie Initiative entfalten, wenn der Wille lebendig ist. Ist es wahr, wenn der Staat nicht nur aufpassen, sondern auch geben, leben abgeben, sondern uns bereichert dem Leben zurück gibt, dann ist auch die Breslauer Oper, ist auch die Schlesische Philharmonie für Schlesien und damit für Deutschland wichtig.

★

Aber der Beschluß des Kulturbeirates der Schlesischen Funkstelle erhebt eine Gesamtegelung der Verwendung der Erträge aus dem Rundfunk.

Diese Erträge sind freiwillige Beiträge, auch ohne Erfindung des Rundfunks müßten die Stellen der Verwaltung aufgebracht werden. Es erscheint uns nicht anständig, das Gehalt dieser Erfindung zur Balancierung des Staatshaushalts zu nutzen. Es muß nach dem Grundsatz der Hauswirtschaft nicht ihren eigenen Zweck, der Förderung des Wohnungsbau, zuzuführen. So ärgerlich die Steuer ist, so bringend der Wohnungsbau, vor allem die ländliche Siedlung Förderung verdient; Steuern sind immer ärgerlich, muß denn auch die Hauswirtschaft für die öffentliche Welt verwendet werden. Anders jedoch ist es mit dem Einkommen aus dem Rundfunk. Sie sind eine glänzende Einkommensquelle, ein spendendes für Stunden der Beschäftigung und des Bewußtseins einzig dastehend, daß ein Minimum von Leistung für diese auch dem Armen erfordersamer Betrag zu haben ist. Eine Gelder fließen der Reichskasse zu, weil geistige Genüsse geboten werden. Er erscheint recht und billig, den Uberschuß für geistige Zwecke zu gebrauchen.

★

Wenigen Jahren ist der Rundfunk tatsächlich ein kulturelles Instrument geworden. Aber es liegt in seiner Natur, zugleich segensreich und zu zerstörend zu wirken. Er bringt in das entlegene und ärmste Volk eine Musik, anregende Beiträge, ernste und große Unterhaltung, aber er entleert auch die Strassen und Konzepte, er beschlachtet Räumlichkeiten und wissenschaftliche Arbeiter, aber er verflämmt anderen ihre bescheidene Geistes. Er lockt auf, aber er wird unheimlich, wenn der Anregung nicht die Vertiefung, dem Hören nicht die eigene Tätigkeit folgt. Die schlesischen Sender arbeiten daher auch schon aus engste mit den Volkshochschulen zusammen, eine Zusammenarbeit mit der Volkshochschule ist denkbar, mit den Schulen ist sie hier und anderwärts durchgeführt. Aber hat die Schulen in dieser Zeitung auf die Erziehung und Ausbildung eines musikalischen Nachwuchs hingewirkt. Je mehr der Rundfunk eine früher weit ausgeschreite Arbeit vor dem Mitrostren zentralisiert, um so mehr muß man aber darauf bedacht sein, durch diese Zentralisierung nicht zu verflämten. Die Technik ist uns schon heute die grauenvolle Möglichkeit, mit zwei Mittelplätzen, eine für Unterhaltungs-, eine für ernste Kultur, in Deutschland auszuführen. Man hat glücklicherweise diesen Weg nicht beschritten, man hat ihn sogar die Schlesische Funkstelle erhalten. Aber es ist deutlich, daß der Rundfunk selbst das seine tun muß, seine schädlichen Folgen, die mit ihm zugleich gegeben sind, zu beseitigen.

Wenden die Erträge des Rundfunks zur Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten, Konseratorien, Akademien, Bibliotheken, volksbildnerische Betreibungen usw. benutzt, so ist sich der Rundfunk ein in das Ganze der deutschen Kultur, und in dem er ihr dient, erhält er Würde und Ehre, die er nicht hat, wenn er auf der Ginnahmezeit der Deutschen Reichsoper erscheint. Der Rundfunkpöbel aber weiß, was er mit seinem Beiträge leistet und wird durch ihn, mit kulturellen Institutionen und Aufgaben verbunden, denen er sich bislang fremd fühlte. Da die große Masse der wertigen Bevölkerung die große Masse der Rundfunkpöbel heißt, soll dieses Moment nicht vergehen werden.

Sir leben in einer Kulturzeit, ein harter Kulturabbau ist erfolgt. Die Kulturzeit hat ihre treue treue Urformen, die hier nicht darzulegen sind. Die Kulturabbau ist zum Teil auch Schuld der kulturellen Institutionen und Arbeiter. Namentlich wie Privatwirtschaft und öffentliche Hand, haben sich auch die geistigen Arbeiter geirrt. Vieles war nicht dies der Stolz, mit möglichst geringen Mitteln möglichst viel zu leisten: die Glaspaläste vieler Theater für Gagen und Ausstattung, mancher Bibliotheken, manche wissenschaftlichen Zentren sogar den Schulbau etc. Diese Gleichgültigkeit ist erregend, denn sie offenbart, daß die Sorge um den Geist nicht mehr die Sorge der öffentlichen Meinung ist. Ehedem war es den Städten eine Ehre, kulturelle Institute zu erhalten, heute ist es ihnen nur noch eine Last. Ehedem war der geistige Arbeiter sicher, auch als fähigster Mann für mehr respiziert zu werden als ihm nach seiner Schichtaufgabe zum, heute muß er sich als Leiter eines Zusatztreibes alle Unbill gefallen lassen. Ehedem brachte man Opfer für kulturelle Angelegenheiten, heute sollen sie warten, bis eine wirtschaftlich günstigere Zeit wieder Ueberflüsse abwirft, aus denen sie gelpet werden sollen. Ehedem

weißte man, daß Kultur die Form des menschlichen Lebens ist, heute betrachtet man sie als Ausgabe, die man allenfalls haben, jedenfalls aber auch erdulden kann.

★

Goll das anders werden, dann muß die Reichsregierung, sie selbst und sie mit harter Zielsetzung, die Führung übernehmen. Auch ohne Reichsreform hat glücklicherweise das Reich immer mehr die Führung übernommen. Die Initiative liegt bei ihm, bei ihm auch die Macht und das Ansehen. Die Länder sind mehr oder weniger nur Selbstverwaltungsorgane, zu einer durchgreifenden, umfassenden Willenshandlung sind sie nicht fähig. Es hat aber keinen Zweck, wenn der Reichsinnenminister z. B. einen Ersatz herausgibt, welcher die Städte ernannt, Volkshochschulen und Volkshochschulen nicht abschaufen, sondern weiter zu unterstützen. Ein solcher Ersatz ernannt nicht, sondern verbessert, die belästigten Städte sind am Ende ihrer Kraft, Forderungen zu stellen, ist leicht, ihre Erfüllung aber ist unmöglich. Fraglos wird das Reich das Beste erwirken, wenn finanzielle Forderungen an die Adresse der Reichsregierung richte. In der Tat müssen die Kulturellen des Reiches begünstigt werden, nach irgendeinem Maße müssen sie sich richten. Hierfür bieten sich auch glückliche die Rundfunk-Erträge an. Sowie das Reich durch die Sender einnimmt, soviel weiß sie kulturellen Einrichtungen zu!

★

Sicherlich wird der Beschluß des Kulturbeirates der Schlesischen Funkstelle sofortige Beledung finden, die seine „Landsratspartei“ erwirkt. Die Auffindung solcher Argumente ist ja Lebensinhalt eines Teiles der Ministerialbürokratie. Vielleicht würde der Reichsinnenminister sehr gegen dem Beschluß härteren, wenn nicht dem Reichsminister der Etat der Sendegesellschaften unterbreite; die Verhandlungen zwischen den Ressorts führen mitunter noch weniger zu Ergebnissen als die Verhandlungen der Auswärtigen Aemter der Nationen. Vielleicht aber läßt sich doch ein Weg finden, der auch von vornherein die berechtigten Belange berücksichtigt. Es handelt sich darum, ob das deutsche Volk, wie wirtschaftlich, so auch geistig und geistig verarmen soll, aber es wird einmal so werden soll, wie schon mehrfach in der deutschen Geschichte, nämlich so: daß wirtschaftlich arme und politisch gebürdete Zeiten die Ergehen geistiger Blüte wurden.

Reichsreform gegen Länderzentralismus

Augsburg sucht Schutz vor München

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 2. NOVEMBER

Die durch Rotverordnung endlich in Angriff genommene Staatsreineinführung begegnet vielfach heftiger Kritik. Es wird der bayerischen Regierung ein allzu schematisches Vorgehen, eine schablonenhafte „Kopfung von Kerntern“ vorgehalten, die feinerlei organische Verminderung des Verwaltungsapparates erkennen sollte. Zug wurde vielmehr ein Abbau am Haupt an der „mit Behörden versehenen“ Zentrale München, als an den Gliedern, den Stammesprovingen, erwartet, die von München aus nicht „zentralistisch“ regiert sein wollen, als München es dauernd der Reichshauptstadt zum Vorbild macht. In Augsburg insbesondere, das kein Oberlandesgericht verlieren soll, ist die Entrüstung sehr hoch.

Heute hat auch der Bund „Schwaben und Reich“ wiederum ein Stillschlagen an den Reichstagen gerichtet, das sich schon gegen den Oberlandesgerichtswahl. Der Bund „Schwaben und Reich“, so wird erklärt, sieht in dem Abzug der bayerischen Geschäftsführung nichts anderes als eine rein politische Maßnahme gegen das in Neubayern wohnende Schwabenland, insbesondere gegen die stets reidreue und reidreife Grobstadt Augsburg, deren Wirtschaft- und gelantes Geschäftleben immer wieder aus schwerer benachteiligt und gefährdet wird. Im weiteren wirtschaftliche Schwächen Bayern-Schwabens durch Staatsbanken zu vermindern, empfindt sich als dringend notwendig, die möglichst baldige Durchführung einer Bereinigung der Luft, besonders aber eine hauseinsparative Reichsreform im Sinne unserer Eingabe vom 26. September. Nur dadurch wird dem hart bedrängten Bayern-Schwaben ungenemte Entlastung ermöglicht werden, die es durch Bayerns wirtschaftliche Willkür zugrunde gerichtet wird.“

In diesem Sinne haben sowohl der Bund „Schwaben und Reich“, als auch der Paralellbund „Mitteln und Reich“ schon wiederholt auch eine Neuüberlegung der Reichshauptdirektionen noch weiter- und wirtschaftsorganischen Grundfragen unter Aufhebung des politischen Zugriffes einer in München vorgelegten „Gruppenverwaltung Bayern“ gefordert. Die Frage der Reichsreform erhebt neuerdings, wie man sieht, immer mehr den durch die historisch überlitterten Staatsorganen eingetragenen Fäden selbst ihren Auftrieb!

Die Umstellung der Dörschlie

Ausdehnung der Sanierungsaktion

In den Befehrenden zwischen dem Reich und Straußen über die Dörschlie hat sich die Notwendigkeit einer methodischen Umstellung in wesentlichen Punkten ergeben. Um die bisherige bürokratische Behandlung der Umstellungsangelegenheiten zu beschleunigen, wird künftig die erste Prüfung der Anträge nicht mehr von den Landräthen, sondern zunächst bei der Bund für Industrieobligationen stattfinden, die die erforderlichen Oberer Be-

stellen muß, und erst danach wird die Befestigung der Behörden einrichtet.

Sie geht nicht von den zahlreich eingegangenen Anträgen, die einen Gesamtbetrag von 570 Millionen Reich erfordert hätten, 3000 Fälle positiv entscheiden und 26 Millionen benötigt werden. Aus den verschiedenen Mitteln der Dörschlie, besonders auch aus der Bund für Industrieobligationen sehen etwa 550 Millionen zur Verfügung.

Da infolge des Wählens der Agrarparte sehr viel mehr Betriebe betroffen werden sind, als ursprünglich angenommen war, muß sie bereits im nächsten Monat in den Stand eintritt werden. Man wird auch die erschütterten Doppelhaken mit in die Umstellung einbeziehen, dafür aber viel stärker als bisher ungenügende Sanierungsfähigen und Sanierungsunfähigen Betrieben unterscheiden. Geld hat man würde sich aber bei Einbeziehung der ersten Doppelhaken um ein Mehrfach von etwa 150 Millionen Reich gegenüber den bisher bereitgestellten Beträgen im Laufe der nächsten vier Jahre ergeben.

„Friedensrichter“ Klages

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRAUNSCHWEIG, 2. NOVEMBER

Am Sonntag wurde heute die Große Anfrage der Sozialdemokraten über das Umzugsrecht behandelt, das bisher fast ausnahmslos gegen rechtlichste Organisationen angewendet worden ist. Der nationalsozialistische Minister Klages beauftragte, daß bei jeder Berath immer ganz objektiv verfahren werden ist; es habe sich denn gezeigt, daß alle Stützungs-erträge, wie man sie auch bei dem großen G. M. Treffen erhielt habe, von den „Marginalen“ ausgegangen seien.

Deutsche Gefallenen-Freier in Paris

PARIS, 2. NOVEMBER

Auf dem deutschen Kriegesfriedhof in Vaugrain-Montagne bei Paris fand heute eine Festfeier zu Ehren der im Krieg gefallenen deutschen Soldaten statt. In Anwesenheit des deutschen Volkstrüben von Holsch, der erst heute abend wieder auf seinen Pariser Posten eintrifft, wurde, letzte der deutsche Befehlshaber von Paris eine Ansprache auf dem deutschen Kriegesfriedhof gehalten. Er verlor auch die Gedächtnisrede, die Holsch halten wollte, und in der der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß Deutschland aus den gegenwärtigen schweren Notzeiten bald einer besseren Zukunft entgegengehen könne.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt ebenfalls wöchentlich — Für Rücksendung unentgeltlich Manuskripte Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Drei Tage im Arbeitslager

Erwerbslose diskutieren über Volk und Staat

Unser Mitarbeiter, der in einem vorangegangenen Artikel einen Tag im Lager Brieselang geschildert hatte, wo sich 75 Erwerbslose, Arbeiter, Bauern und Studenten zu gemeinsamen Arbeitstagen zusammengelassen haben, setzt hier die Erzählung seiner Erlebnisse fort.

Der dem Sonn heit man drückerbringt uns Schmarre Brot. Die neue, fast täglich erscheinende Lager-Zeitung ist angefangen. Der „Schmarretrakt“ ist das Produkt einiger wüßiger Studenten, die keinen ihrer Arbeitstags ungeordnet lassen und die Lager-Zeitung verurteilen. Zu späteren Schritten, wenn die andern bereits schlafen, erlebt die Zeitung beim matten Schein einer Wachs-kerze ihre Geburtsstunde.

Der Gong ertönt, die Freiheit ist beendet. Alles geht in die Bücherei militärisch zu, regt, maffelos, unpersönlich. Wieder führt wie im großen Gemeindefestivals Weg von Baumkronen über den großen Saal, wo große Gruppen wachsam mitunter überlesen vor uns. Es wird hier viel gelungen, und so beendet ein Lied die Zeiterunde.

„Woher kommt es, daß alle, ob politisch richtig oder falsch orientiert, die Arbeiter hassen.“ „Weil die Arbeiter zum Leistungsloser aller gehören, die sich der Jugendbewegung angeschlossen haben.“

Die Zitate werden zusammengelesen, der Disziplinierungsbericht, ein Prominenten der Volkstotenorganisation, der kürzlich die eigene Biographie über den Reichstagswahlkampf freigelegt, die im wesentlichen Langsam nur gelingt es, die Zuschauer in Fluß zu bringen. Der Verlesungsleiter fordert die Führer der einzelnen Arbeitsgemeinschaften auf, das schriftlich formulierte Ereignis ihres Auspruchs über das Thema „Volk und Staat“ vorzutragen. Die nach dem politischen Zusammenbruch der Ökonomie fällt der Reduktion zu werden. Sie suchen zunächst den Begriff „Staat“ zu definieren und fallen dabei den festeren Begriffen zum Opfer. Autokratie, Monarchie, Republik, Diktatur — die Begriffe schweben durch die Luft. Uninteressant für die Ökonomie, die hier in der Ausführung der Verlesung wieder verfehlt die Plätze. Und dann wieder über den Begriff „Volk“ diskutiert, wobei ein Zeugnis für langsame gründliches Zuhören. Wenn der arbeitlose Jungmannschaft nach dem Zweck eines Staates fragt, der für ihn nicht einmal Arbeit habe, der

Stiller-Anhänger ihm das Dritte Reich als Verheißung anpreist und der demokratische Student sich glühend gegen jede Art von Diktatur ausspricht, dann ist plötzlich eine Atmosphäre unerbittlicher Stille über die. Die Bortmündungen häufen sich, immer Neues wird vorgebracht, Meinung regt auf Gegenmeinung. Letzten gelistet die Ansprache ins Persönliche. Sofort greift der Leiter ein und bringt alles wieder auf eine sachliche Basis. Kläglich meint einer, die ganze Sache beglühne ihm „zu hoch“ zu werden, man solle mal etwas weniger mit Begriffen jonglieren und sich ganz einfach die Meinung lassen.

Die Dämmerung dringt durch die Fenster, einige Petroleumlampen werden auf die Tische gestellt. Es darf in den Räumen nicht geräuscht werden. Zimmer wieder bricht in einzelnen die Bepfehlung über die trübflechte Gegenwart durch. Neue Wege und neue Formen müssen gefunden werden, darüber ist sich jeder von ihnen im klaren. Es spricht für den Geist der Verlesung, daß alle über die augenblickliche Lage hinaus nachdenken und nach einem auf dem Wege, keine kommt zum Thema los. Zur Tagespolitik wurde nicht gesprochen. Das part man sich für den Abend auf, für den ein junger Sozialist, Dozent an der Hochschule für Politik, als Redner angefragt ist. Die Teilnahme an dieser Ansprache ist nicht obligatorisch, doch auf die Frage, wer fernbleiben wird, erhebt sich keine Hand.

„Nach drei Stunden ertönt der Zeiter des Nelesten des Schlafworts. Doch die Ansprache wird draussen fortgesetzt, jeder hat noch etwas auf dem Herzen, keine kommt zum Thema los. Zur Tagespolitik wurde nicht gesprochen. Das part man sich für den Abend auf, für den ein junger Sozialist, Dozent an der Hochschule für Politik, als Redner angefragt ist. Die Teilnahme an dieser Ansprache ist nicht obligatorisch, doch auf die Frage, wer fernbleiben wird, erhebt sich keine Hand.“

„Nach fünf Minuten ertönt der Zeiter des Nelesten des Schlafworts. Doch die Ansprache wird draussen fortgesetzt, jeder hat noch etwas auf dem Herzen, keine kommt zum Thema los. Zur Tagespolitik wurde nicht gesprochen. Das part man sich für den Abend auf, für den ein junger Sozialist, Dozent an der Hochschule für Politik, als Redner angefragt ist. Die Teilnahme an dieser Ansprache ist nicht obligatorisch, doch auf die Frage, wer fernbleiben wird, erhebt sich keine Hand.“

„Wir sind müde und deshalb froh, ins Bett zu kommen.“ „An der Nacht ist die wachstümlich“, erklärt einer. Was jedoch kein Einverständnis ist, daß der Streit über die Gefahr der Verlesung, eines der dort meistgehörtesten Schlagwörter, distinkt wird, erweist der alte Kampfsitz und Stimmungsaufbau.

„Wir sind müde und deshalb froh, ins Bett zu kommen.“ „An der Nacht ist die wachstümlich“, erklärt einer. Was jedoch kein Einverständnis ist, daß der Streit über die Gefahr der Verlesung, eines der dort meistgehörtesten Schlagwörter, distinkt wird, erweist der alte Kampfsitz und Stimmungsaufbau.“

Ein Schlusssatzteil folgt p. wt.

Fünf Raubüberfälle in zwei Stunden

Großkampfang der Ueberfallkommandos

In den gestrigen Abendstunden ereigneten sich innerhalb von zwei Stunden fünf Raubüberfälle in verschiedenen Gegenden der Stadt. Nur in zwei Fällen gelang es, die Täter zu fassen. Immer waren es junge Weiber zwischen 20 und 30 Jahren, die, meist mit Waffen versehen, in Häusern und Wohnungen einbrachen und vor dem Aufstehen nicht zurückschreckten.

Erst wurde die Polizei in das Postamt Götter Straße 66 gerufen, wo die Frau des Hauereiers Gustav Amder von zwei Räubern überfallen worden. Frau Amder war allein in ihrer Wohnung, als der Wohnungsdiebstahl getätigt wurde. Beim Öffnen der Tür fanden zwei junge Weiber vor ihr, die sie in den Korridor hineintrieben. Einer schlug der Frau mit einem Birolenkräft mehrmals über den Kopf, so daß sie bewußtlos zusammenbrach. Die Räuber machten sich daran, alle Schränke zu durchsuchen.

Als ein Nachbar den Alarm hörte, ging er auf den Treppenhof hinaus, gerade als die Räuber die Wohnung verlassen wollten. Er riefte sich auf denjenigen Täter, der den Revolver in der Hand hielt, und begann ihn an die Wand zu pressen. Es entspann sich ein heftiger Kampf, bei dem Ziele heftig blutende Verletzungen davontrug. Der Komplex des Räubers flüchtete und entkam. Hausbewohner riefen das Ueberfallkommando zu Hilfe, und so gelang es, einen der beiden Verdächtigen zu fassen.

Ein zweiter schwerer Raubüberfall wurde kurz darauf in Bismarckstraße verübt. Vier Raubüberfälle wurden kurz darauf in Bismarckstraße verübt. Vier Raubüberfälle wurden kurz darauf in Bismarckstraße verübt. Vier Raubüberfälle wurden kurz darauf in Bismarckstraße verübt.

Rats vor sieben Uhr drangen fünf maskierte Männer ein und hielten Neumann durch Pistolen in Schach. Da jeder Widerstand ausbleibend war, konnte er nicht verhindern, daß die Räuber 2700 Reichs bares Geld, das auf dem Tisch lag, einhaken und mit sich in flucht ergreifen. Der Hausbewohner rief um Hilfe, und schließlich konnten sich an der Verfolgung. Man sah, wie die Täter in der Richtung des Saubergeländes von Baumhaken zu entkommen suchten. Als sie sich verlor, haben sie auf ihre Verfolger mehrere Schüsse ab und verurteilten hierbei einen Mann leicht am Oberarm. Von einem Hausbewohner wurde ein Hund auf die Füßlinge nachgeschleift. Das Tier wurde durch zwei Schüsse getötet. In der Dunkelheit mußte dann die Verfolgung aufgegeben werden.

Die Täter waren etwa 30 Jahre alt. Der eine von ihnen hat einen breiten Kiefer und das keine Nase enthielt. Bei der flucht haben sie etwa 25 Schuß abgegeben.

Die Städtische Grundbildungsstelle, der das Haus Steinbockstraße 24 gehört, hat für die Gefangenen des Täters eine Besoldung von 500 RM fest ausgelegt.

Ein weiterer Raubüberfall ereignete sich zu fast allen Stunden in der Bismarckstraße. Ein 12-jähriges Kind, das sich der Hauswart Clemens Biele aus Bismarck, Berliner Nr. 242, in der Bortierwohnung. Büßig drangen vier Weiber in die Wohnung des Wirtstellers ein und während der eine den Wirt und

vorhand gewährt. Sodann erweiterte die Kammerverlesung mehrere Beschlüsse, die sich mit der gegenwärtigen Lage der Arbeitslosigkeit beschäftigten. Nach einer ausgedehnten Aussprache, in der die Unhaltbarkeit der jetzigen Lage zum Teil selbständig erörtert wurde, wurde eine Resolution angenommen, die die Beschlüsse gegen die durch die letzte Fortsetzung herbeigeführte, in diesem Umfang nicht durch die Lage der öffentlichen Finanzen gerechtfertigte Fortsetzung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitslosigkeit protestiert. Die Resolution verlangt entsprechend der allgemeinen Tendenz, die Arbeitslosen für ein Zentrum, zum mindesten die endliche Erfüllung bestmöglicher Forderungen, die die Staatsfinanzen nicht belasten, der Rechtsstaatlichkeit aber die volle militärisch entgangenen Arbeitsstelle zurückzuführen.

E. W. der Wipps

Ein Vertreter läuft von Hause fort, weil ihm seine Wippschüler — freilich sagte man Schul — so m e r a b e n — wegen seiner körperlichen Unzulänglichkeit anbauend aufstehen. In einer deutschen Mittelschule fallen ebenfalls Schüler über einen anderen her, weil dieser ein gutes Zeugnis nach Hause bringt. An den Aufstufungsarbeiten-Raxwollen waren Jugendliche, eben aus der Schule Entlassene, beteiligt. Die Beispiele, militärisch herausgegriffen und um Zugabe jederzeit zu vermehren, gehen zu denken. Die Beobachter gehen nämlich in der Richtung, ob hier nicht prinzipielle Erziehungsfehler, sei es der Schule oder des Elternhauses (oder von beiden?) vorliegen. Und da fällt uns im wachsten Sinne des Wortes das sühne S o l g a s o t t von der fürpferdigen Erziehung der Jugend ein. Man höre nur einmal herum, und man wird auf vielen Schulen feststellen müssen, daß E. W. der Wipps als absoluter Herrscher regiert.

Wir waren auf seine Engel auf dem Bernal, und Streber waren auch bei uns nicht beliebt. Das hinderte aber nicht, daß wir uns neuen Zuträgen, Studenten, Fußball etc. auch hier einige Dinge interessierten, mitunter sogar so weit, daß besessenen schlechte Schüler waren. Wehe dem, der uns wegen dieser Interessen anzusehen gemagt hätte. Heute gibt es fast nur noch Sportbelegen in fastig veränderter Arbeitslosigkeit. Daß wir aber unteren Richtig, als wir gerade von der Schule gekommen waren, auch in der Gewalt hatten, haben wir ja schließlich bei der Feldübungsübung 1914 bis 1918 bewiesen.

Waren man aber jetzt schon dem Sport eine übertragende Rolle zuerkannt, dann mögen die verantwortlichen Erzieher ihren Pflichten auch gefälligst nachkommen, daß es dabei auch ein fair play gibt, daß es unummißlich und unbedeutend sein sollte, über den Gegner erst dann herzufallen, wenn man sich in der Ueberzahl und er sich in hoffnungsloser Minorität befindet. Es gibt leider auch Lehrer, die Eltern auf ihre Weisungen hin, daß ihre schwächlichen Kinder anderen Weisungen haben, seine Kameraden ausgespielt ist, erwidert haben: „Du kannst mich ja immer Schmeißen, wenn du willst! Eine falsche und auch recht bequeme Antwort.“

Uns will es scheinen, daß wir zum Wiedereaufbau unseres Vaterlandes demer den Wipps, sondern mehr die Räfte brauchen sollten. Darum gerümpeln wir sie nicht, sondern entziehen vielmehr den Wipps oder lasse ihn wenigstens als funktionstüchtigen Herrscher regieren. s c h f z.

Um die Gemeindefürsorge-Bühne

Tagung der Arbeitgeber

Auf Grund des Schiedsspruches im Tarifstreit der Gemeindefürsorge, der, wie berichtet, die Kündigung der am 31. Oktober bestehenden Ständigen, Tages-, Wochen- und Monatslöhne um 4 1/2 % herabsetzte, hat der Reichsarbeitsgerichtshof in den heutigen Dienstag eine Tagung nach Elmsch einberufen. Da es sich bei der Sachverteilung um Parteien kommen handelt, werden zur Feststellung des Verhaltens der Arbeitgeber die Vertreter der einzelnen Bezirke befragt und die Beisitzende in den verschiedenen Bezirken geprüft werden. Ebenfalls haben die Vertreter der Gemeindefürsorge im Gesamtverband seinen ins Reich unternehmen, um in den Bezirken Bericht über den Schiedsspruch zu geben und die Meinung der Arbeitnehmer zu hören.

Eine Schwabe macht noch keinen Sommer, Die A. B. O., die zum 1. November eine rückständige Einkommenssteuern gestrichelt hat, erhebt sich, als Winterhof, dem 4. November, die Dunaubahnlinie A 42 wieder bis Buch zu verlängern.

Vom D-Zug getötet. Obzonen vormittag um 10 Uhr wurde der Eisenbahnarbeiter Thele aus Ethen auf der Strecke zwischen Ethen und Trebbin von dem D-Zug zerquetscht — überlebend und geflüchtet. Der mit der Lokomotive zum dem D-Zug einhergehende Thele angriffen. Als der Personenzug Berlin-Nürnberg herantrat, trat er auf das Radbatterie, auf dem im letzten Augenblick der D-Zug herbrannte.

Reichsbund geschiedener Frauen. Die Arbeitslosigkeit hat eine Folgeerscheinung, der man früher wenig Beachtung geschenkt hat: Sie wirkt verheerend auf alle die Eltern, die nur noch mühsam zusammengehoben haben. Das dritte Elementar, die Not, die mangelnde Abwendung durch Arbeit haben in den letzten Jahren zu einem Empfinden der Schiedensgesetze geführt. 1929 wurden im Deutschen Reich 20 224 Geburten abgelehnt, davon allein in Preußen 5776 und in Berlin 6188, also mehr als ein Fünftel aller Geburten (späterlich ist in der Großstadt ab). Geizdem ist diese Figur prozentual viel härter angelegten als in den Jahren vorher. Während in Mittelstandskreisen häufig Eltern, die eigenlich gebildungslos waren, noch be-

die Frau mit einer Pistole bedrohte, raubten die anderen etwa 200 Reichs bares Geld und flüchteten unerkannt.

In der Gollnowstraße 23 wurde eine Gefangenenführerin, die Konsumengesellschaft einstellte, auf dem Treppenhof von einem jungen Weiber angegriffen und dabei ihrer Handtasche mit etwa 80 Reichs barem. Auch dieser Täter konnte unerkannt entkommen.

Am Rüstlerplatz wurde der wohnungslose Müllarbeiter Heinrich Oech dabei ertappt, wie er die Telefonzelle auf dem Rüstler Platz erbrach, um die darin befindlichen Gelder zu rauben. Schon mehrere Male war diese Telefonzelle in den letzten Jahren erbrochen und geraubt worden, so daß sich die Polizei veranlaßt sah, dort eine Alarmeinrichtung anbringen, die in direkter Verbindung mit dem nächsten Weiler stand. Gegen 7 Uhr ertönte das Alarmglocken, eine Polizeipatrouille machte sich schlüsseln auf den Weg und erwischte kurz vor der Verlesung zwei Täter, die bereits 20 Reichs in Gehäuseschlüsseln in ihren Taschen verstaubt hatte.

Weichlagnahme der Schulheißbücher?

Aktionenarranz beim Staatsanwalt

Als Aktionärstellen der Schulheiß-Bogenheft A. O. ist bei der Staatsanwaltschaft I der Antrag gestellt worden, die Bücher des Unternehmens sowie alle Finanzinstitute, die an den Transaktionen Beteiligten beteiligt waren, zu beschlagnahmen. Nach Ansicht der geschädigten Aktionäre kann die Staatsanwaltschaft nur so möglich Klagen über die Verlesung erheben, wenn diese vornehmlich bei die Staatsanwaltschaft, um die Verurteilung gegen die Schulheiß-Berwaltung weiter zu führen, den Direktor Reinhardt lange Zeit verpöht.

Neue Vorstandsmitglieder der Anwaltskammer.

In der letzten außerordentlichen Versammlung der Berliner Anwaltskammer wurden ein Schiedsrichter aus dem Vorstand auscheidender Mitglieder Justizrat Will Schön und Rechtsanwältin Gertrud Cohn und Weismann in den Kammer-

Das Unterhaltungsblatt
der „Vossischen Zeitung“
enthält im Abendblatt u. a. folgende Beiträge:
Julius Stettenheim
zum 100. Geburtstag . . . von Arthur Eloesser
Heine und Grabbe von Ludwig Marcuse
H. H. Ewers' 60. Geburtstag von Artur Landsberger
Portraits aus vier Jahrzehnden . von Max Osborn
Mary Wignans neue Schöpfung . von Artur Michel

Vom Großbetrieb zum Kleinbauern

Die Zuckerewirtschaft in Not

15 Millionen Ztr. Zucker, etwa die Hälfte des jährlichen deutschen Zuckerkonsums, müßten von unserer Zuckerindustrie am 1. September als Lagerbestände in die Hände der Zuckerraffinerien übernommen werden...

Die landwirtschaftlichen Betriebe in den Zuckerrübengebieten, den besten landwirtschaftlichen Distrikten Deutschlands, finden, da sie bei den Kontingentierungsmaßnahmen allein das meiste auszugeben decken, den größten unerheblichen finanziellen Verlust zu buchen haben...

Zudem ist es im Frühjahr 1931 auf 90 pCt. der in den letzten Jahren verarbeiteten Rübenmengen festgesetzt worden...

Es wäre zweckmäßiger, die in diesem Jahre insgesamt anfallende Rübenmenge auf Zucker zu verarbeiten, wobei die Verarbeitungskosten für die Zuckerrüben in den kleinen Landwirten zu tragen wären...

Es ist eine merkwürdige Schicksalsaufgabe, daß ausgerechnet die Zuckerrückentwürfe, die bisher das Fundament unserer intensiven Hackfruchtproduktion gewesen sind...

Diese landwirtschaftlichen Großbetriebe werden infolgedessen zukünftig für die Zuckerrübenbau kann noch in Frage kommen, die in der Höhe von 10 bis 15 pCt. über einen 336 pCt. teurer ist als der Getreidebau...

Unsere Zuckerewirtschaft wird nicht eher aus ihrer Not herauskommen, bis der oben bezeichnete neue Weg der Zuckerproduktion gefunden ist...

Zürcher Elektra-Dividende eingefroren. Die dem Flußkonzern zugehörende Elektra AG. für angeordnete Elektrizität Zürich hat wie der Vossischen Zeitung...

Private Amortisationskasse Für Auslandsschuldner

Die sich überstürzenden Ereignisse aus dem internationalen Währungs- und Finanzmarkt, und die vielfachen persönlichen Besprechungen der Beteiligten, knäpp zusammengefaßt...

Die deutsche kurzfristige Auslandsschuld belief sich insgesamt auf 12 Milliarden RM. Diesem Umfange entspricht das Ergebnis der vor einigen Wochen angestellten großen Schuldenstatistik...

Der seit Sonnabend unter Vorsitz des Reichskanzlers tagende Bankenausschuss versieht eine große Aufgabe. Insbesondere ist nun bestrebt festzustellen, wie hoch die volkswirtschaftlich gerechtfertigten effektiven Warenüberschüsse und echten Kreditüberschüsse sind...

Es hat den Anschein, als ob die leichte Verfassung des Geldmarktes am Ultimo ihres Niederschlags auch in dem erst im Laufe des Tages zur Veröffentlichung gelangenden Ausweis der Notenbank vom 31. Oktober finden wird...

Am 15. November wird die Freibarge weiter 15 pCt. der alten ausländischen Reichsmarktschulden akat. Da ein großer Teil der Summen bereits transferiert ist...

Geringe Reichsbankbelastung

Es hat den Anschein, als ob die leichte Verfassung des Geldmarktes am Ultimo ihres Niederschlags auch in dem erst im Laufe des Tages zur Veröffentlichung gelangenden Ausweis der Notenbank vom 31. Oktober finden wird...

Pfandbaisse dauert an

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Am Devisenmarkt ist das Pfund heute gegenüber den Hauptdevisen wieder rapide erholter. Es eröffnete sich bereits unwesentlich schwerer gegeben. Das mit 858 pCt. notierte Pfund notierte heute bei 874 1/2 pCt. Der französische Frank eröffnete 97 und schloß 95 1/2, Brüsseler Eröffnungskurs 27 1/2, Schlüsskurs 26 1/2, Amsterdam, Eröffnung 93, Schluß 94, Zürich, Eröffnung 198, Schluß 194, Berlin, Eröffnung 167 1/2, Schluß 15 1/2.

35-Millionen-Anleihe des Kantons Basel.

Der Kanton Basel hat sich für die Emission einer 35-Millionen-Schuldenanleihe entschieden. Die Anleihe wird in 100000 Stück zu je 350 Franc ausgeben...

Ratenweise Kupon-Einlösung der Stadt Dresden.

Die Stadt Dresden konnte den am 1. November falligen Kupon ihrer 7-prozentigen Anleihe von 1926 Reihe II in Ratenweise einlösen, während der Rest erst in den nächsten Tagen einbezahlt werden wird.

ein Betrag von 7 Milliarden RM kurzfristige Auslandschulden innerhalb von zehn Jahren von je 700 Mill. RM zurückgezahlt werden sollen.

Da auch im Ausland die Überzeugung an Boden gewonnen hat, daß keine massierte Zurückzahlung, sondern nur eine allmähliche Tilgung der kurzfristigen Auslandschulden in Frage kommen wird...

Deutsche Initiative erforderlich

Trotzdem sollte man nicht verkennen, daß ein gewisses Entgegenkommen den Gläubigern gegenüber in der Sicherung der Frage durchaus am Platze erscheint, wenn man ihnen zunächst die kurzfristig gewährten Kredite in langfristige Anleihen umzuwandeln...

Laval hat vor einigen Tagen auf die Gründung der französischen Amortisationskasse hingewiesen, die bei der Frankensanierung erfolgte, um die kurzfristigen französischen Auslandsschulden zu amortisieren...

Die sich überstürzenden Ereignisse aus dem internationalen Währungs- und Finanzmarkt, und die vielfachen persönlichen Besprechungen der Beteiligten, knäpp zusammengefaßt...

Schultheiß-Aktionäre klagen Gegen Vorstand und Aufsichtsrat

Die seit bisher getrennt arbeitenden Schutzverbände von Aktionären der Schultheiß-Patenhofer Brauerei haben sich in ihrer ersten ordentlichen Generalversammlung im Interesse einer Vereinfachung der Aktion zusammenschließen...

Darüber hinaus will man Rechte in Ansprüche einzelner Aktionäre geltend machen, die im Börsenprospekt vom Februar 1931 erlassen worden sind...

Verlustabschluß Leipziger Spinnfabrik.

Die Leipziger Spinnfabrik B. & H. Co., Leipzig, die im Vorjahre eine Bilanz mit einem Verlust von 25.737 RM erzielte...

Geringe Masse Bankhaus Jakob Siebel.

Bei der Insolvenz des Bankgeschäfts Jakob Siebel Nachfolger in Frankfurt a. Main, das hauptsächlich Exoten handelte, betragen laut Dreihundertstel des 'Voss. Zig.' die Forderungen der Passiven über etwa 120.000 M. Buchschuldsachen nur etwa 11.000 M. Aktiven...

Konzentration im Kranbau.

Die Maschinenfabrik und Eisenwerk P. & H. in Thüringen hat nach einer Liquidation unseres Essener Korrespondenten, die Kraus u. Kleinbehnzweig-Abteilung der W. L. H. Hebezeugwerke AG. die später in die Vereinigung der Eisenwerke Leipzig und P. & H. überging...

Einbeider Stromverbrauch der Thüringer Industrie.

Die Statistik der Thüringer Elektrizität hat nach einer Durchschneidung einseitig 85, 00 pCt. Dividende auf die Stammaktien, die im Verwaltungsvertrag mit dem Staat vereinbart wurde zurückgezogen, da man erst abwarten will, welche Bestimmungen das neue Aktienrecht enthalten wird...

Warenmärkte

Kind von der ausgegliederten Kaffee- und Import G. m. b. H. übernommen worden. Die Kaffee-Geschäfte einer Tochterfirma, der Schlabach, Sapper & Co. in Guatemala, werden ebenfalls von einem anderen Unternehmen, der Subr, Sapper & Co. weitergeführt.

Der Kampf in Latein-Amerika

Dem nordamerikanischen Kapital machen die Dollaranlagen in Latein-Amerika nicht viel weniger Sorgen als die Forderungen an Europa. Die Kredite an Latein-Amerika sind teilweise eingezogen. Ein Teil zahlender Schuldner keine Zinsen und amortisieren nicht. Oft in den letzten Jahren mußten Nachlässe oder Moratorien gewährt werden. Oft aber wird bei der Beurteilung der U. S. A.-Kreditbereitschaft dieses große Risiko vorausgesetzt.

Nach einer Untersuchung, die von der Finanzabteilung der Panamerikanischen Union vorgenommen wurde, betragen die Gesamtanlagen Nordamerikas in lateinamerikanischen Ländern am 1. Januar 1931 zwischen 5,15 und 5,35 Milliarden eine amerikanische Dollar. Das wäre nach offizieller Schätzung der dritte Teil oder mehr noch der gesamten U. S. A.-Auslandanlagen, die 15-16 Milliarden Dollar betragen sollen. Nach der Berechnung der Panamerikanischen Union entfielen auf die Hauptländer Latein-Amerikas folgende Summen (Ende 1930 bzw. Anfang 1931 in Millionen Dollar): Argentinien 750, Bolivien 123, Brasilien 557, Columbien 300, Cuba 1066, Chile 700, Mexiko 800, Peru 200.

Diese Kalkulation ist nicht unbedingt zutreffend. Zahl und Wert der Aktien, Anteile und Anleihen der nordamerikanischen Händen lassen sich sehr schwer bestimmen. Die nicht in Form von Beteiligungen, Aktienbesitz, Realbesitz, sondern in Form von Darlehen, die schwerer zu erfassen und abzuschätzen. In einigen Ländern Latein-Amerikas überwiegt überdies das englische Kapital. So in Argentinien und in Brasilien, wo seit Jahren ein heftiger Kampf um die Kontrolle über die Wirtschaft im Gange stattfindet. Dabei wird die Dollar- und Pfundwährungs-Entwicklung eine erhebliche Rolle spielen. Man schätzte

Ende 1930 bzw. Anfang 1931 die englischen Kredite an Argentinien auf 2,2 Milliarden Dollars und die englischen Anlagen in Brasilien auf 1,4 Milliarden Dollars. Auch die direkten Schulden Mexikos an die U. S. A. (das heißt die Schulden der Privatwirtschaft, nicht des Staates) sollen Ende 1930 noch um etwa 140 Millionen Dollars kleiner gewesen sein als die Verpflichtungen der U. S. A. an Mexiko.

Im großen Teil Latein-Amerikas hat allerdings der Dollar das Pfund überflügelt. Wenn die Londoner Börse die lateinamerikanischen Verpflichtungen an England für Ende 1930 auf 2,24 Milliarden Pfund stielte, oder 5,90 Milliarden Dollars schätzte, so bedeutet das einen Vorrang von 650 Millionen Dollar gegenüber den U. S. A.-Krediten. Auch diese Kalkulation entspricht nicht mehr der Tatsache. Im folgenden seien die englischen und amerikanischen Anlagen nach der Schätzung der Panamerikanischen Union für eine Reihe von lateinamerikanischen Ländern angeführt (in Millionen Dollar):


| England | U. S. A. |
|-------------|----------|
| Argentinien | 2200 |
| Bolivien | 43 |
| Brasilien | 1400 |
| Columbien | 42 |
| Costa Rica | 32 |
| Cuba | 906 |
| Chile | 300 |
| Guatemala | 75 |
| Peru | 150 |
| Venezuela | 247 |

Aus dieser Gegenüberstellung geht hervor, daß die Dollarinvestition auch südlich des Panamakanals schnell vorwärtskommen ist. Wenn sich vielleicht auch die nordamerikanischen und englischen Gesamtkredite noch nicht auf die Höhe der U. S. A.-Kredite, sondern in der Tat auf die Hälfte derselben vermindert, so ist doch das englische Kapital in Verteidigungsstellung gedrängt.

Alfons Goldschmidt

Kolonialwaren

LONDON, 2. NOVEMBER. Rohkaffee. (Schluß) Termin: Dez. 6/6; 6. NOVEMBER. Rohkaffee 6/6; Jan. 1932 6/7; Feb. 1932 6/8; März 1932 6/9; April 1932 6/10; Mai 1932 6/11; Juni 1932 6/12; Juli 1932 6/13; August 1932 6/14; September 1932 6/15; Oktober 1932 6/16; November 1932 6/17; Dezember 1932 6/18; Januar 1933 6/19; Februar 1933 6/20; März 1933 6/21; April 1933 6/22; Mai 1933 6/23; Juni 1933 6/24; Juli 1933 6/25; August 1933 6/26; September 1933 6/27; Oktober 1933 6/28; November 1933 6/29; Dezember 1933 6/30; Januar 1934 6/31; Februar 1934 6/32; März 1934 6/33; April 1934 6/34; Mai 1934 6/35; Juni 1934 6/36; Juli 1934 6/37; August 1934 6/38; September 1934 6/39; Oktober 1934 6/40; November 1934 6/41; Dezember 1934 6/42; Januar 1935 6/43; Februar 1935 6/44; März 1935 6/45; April 1935 6/46; Mai 1935 6/47; Juni 1935 6/48; Juli 1935 6/49; August 1935 6/50; September 1935 6/51; Oktober 1935 6/52; November 1935 6/53; Dezember 1935 6/54; Januar 1936 6/55; Februar 1936 6/56; März 1936 6/57; April 1936 6/58; Mai 1936 6/59; Juni 1936 6/60; Juli 1936 6/61; August 1936 6/62; September 1936 6/63; Oktober 1936 6/64; November 1936 6/65; Dezember 1936 6/66; Januar 1937 6/67; Februar 1937 6/68; März 1937 6/69; April 1937 6/70; Mai 1937 6/71; Juni 1937 6/72; Juli 1937 6/73; August 1937 6/74; September 1937 6/75; Oktober 1937 6/76; November 1937 6/77; Dezember 1937 6/78; Januar 1938 6/79; Februar 1938 6/80; März 1938 6/81; April 1938 6/82; Mai 1938 6/83; Juni 1938 6/84; Juli 1938 6/85; August 1938 6/86; September 1938 6/87; Oktober 1938 6/88; November 1938 6/89; Dezember 1938 6/90; Januar 1939 6/91; Februar 1939 6/92; März 1939 6/93; April 1939 6/94; Mai 1939 6/95; Juni 1939 6/96; Juli 1939 6/97; August 1939 6/98; September 1939 6/99; Oktober 1939 6/100; November 1939 6/101; Dezember 1939 6/102; Januar 1940 6/103; Februar 1940 6/104; März 1940 6/105; April 1940 6/106; Mai 1940 6/107; Juni 1940 6/108; Juli 1940 6/109; August 1940 6/110; September 1940 6/111; Oktober 1940 6/112; November 1940 6/113; Dezember 1940 6/114; Januar 1941 6/115; Februar 1941 6/116; März 1941 6/117; April 1941 6/118; Mai 1941 6/119; Juni 1941 6/120; Juli 1941 6/121; August 1941 6/122; September 1941 6/123; Oktober 1941 6/124; November 1941 6/125; Dezember 1941 6/126; Januar 1942 6/127; Februar 1942 6/128; März 1942 6/129; April 1942 6/130; Mai 1942 6/131; Juni 1942 6/132; Juli 1942 6/133; August 1942 6/134; September 1942 6/135; Oktober 1942 6/136; November 1942 6/137; Dezember 1942 6/138; Januar 1943 6/139; Februar 1943 6/140; März 1943 6/141; April 1943 6/142; Mai 1943 6/143; Juni 1943 6/144; Juli 1943 6/145; August 1943 6/146; September 1943 6/147; Oktober 1943 6/148; November 1943 6/149; Dezember 1943 6/150; Januar 1944 6/151; Februar 1944 6/152; März 1944 6/153; April 1944 6/154; Mai 1944 6/155; Juni 1944 6/156; Juli 1944 6/157; August 1944 6/158; September 1944 6/159; Oktober 1944 6/160; November 1944 6/161; Dezember 1944 6/162; Januar 1945 6/163; Februar 1945 6/164; März 1945 6/165; April 1945 6/166; Mai 1945 6/167; Juni 1945 6/168; Juli 1945 6/169; August 1945 6/170; September 1945 6/171; Oktober 1945 6/172; November 1945 6/173; Dezember 1945 6/174; Januar 1946 6/175; Februar 1946 6/176; März 1946 6/177; April 1946 6/178; Mai 1946 6/179; Juni 1946 6/180; Juli 1946 6/181; August 1946 6/182; September 1946 6/183; Oktober 1946 6/184; November 1946 6/185; Dezember 1946 6/186; Januar 1947 6/187; Februar 1947 6/188; März 1947 6/189; April 1947 6/190; Mai 1947 6/191; Juni 1947 6/192; Juli 1947 6/193; August 1947 6/194; September 1947 6/195; Oktober 1947 6/196; November 1947 6/197; Dezember 1947 6/198; Januar 1948 6/199; Februar 1948 6/200; März 1948 6/201; April 1948 6/202; Mai 1948 6/203; Juni 1948 6/204; Juli 1948 6/205; August 1948 6/206; September 1948 6/207; Oktober 1948 6/208; November 1948 6/209; Dezember 1948 6/210; Januar 1949 6/211; Februar 1949 6/212; März 1949 6/213; April 1949 6/214; Mai 1949 6/215; Juni 1949 6/216; Juli 1949 6/217; August 1949 6/218; September 1949 6/219; Oktober 1949 6/220; November 1949 6/221; Dezember 1949 6/222; Januar 1950 6/223; Februar 1950 6/224; März 1950 6/225; April 1950 6/226; Mai 1950 6/227; Juni 1950 6/228; Juli 1950 6/229; August 1950 6/230; September 1950 6/231; Oktober 1950 6/232; November 1950 6/233; Dezember 1950 6/234; Januar 1951 6/235; Februar 1951 6/236; März 1951 6/237; April 1951 6/238; Mai 1951 6/239; Juni 1951 6/240; Juli 1951 6/241; August 1951 6/242; September 1951 6/243; Oktober 1951 6/244; November 1951 6/245; Dezember 1951 6/246; Januar 1952 6/247; Februar 1952 6/248; März 1952 6/249; April 1952 6/250; Mai 1952 6/251; Juni 1952 6/252; Juli 1952 6/253; August 1952 6/254; September 1952 6/255; Oktober 1952 6/256; November 1952 6/257; Dezember 1952 6/258; Januar 1953 6/259; Februar 1953 6/260; März 1953 6/261; April 1953 6/262; Mai 1953 6/263; Juni 1953 6/264; Juli 1953 6/265; August 1953 6/266; September 1953 6/267; Oktober 1953 6/268; November 1953 6/269; Dezember 1953 6/270; Januar 1954 6/271; Februar 1954 6/272; März 1954 6/273; April 1954 6/274; Mai 1954 6/275; Juni 1954 6/276; Juli 1954 6/277; August 1954 6/278; September 1954 6/279; Oktober 1954 6/280; November 1954 6/281; Dezember 1954 6/282; Januar 1955 6/283; Februar 1955 6/284; März 1955 6/285; April 1955 6/286; Mai 1955 6/287; Juni 1955 6/288; Juli 1955 6/289; August 1955 6/290; September 1955 6/291; Oktober 1955 6/292; November 1955 6/293; Dezember 1955 6/294; Januar 1956 6/295; Februar 1956 6/296; März 1956 6/297; April 1956 6/298; Mai 1956 6/299; Juni 1956 6/300; Juli 1956 6/301; August 1956 6/302; September 1956 6/303; Oktober 1956 6/304; November 1956 6/305; Dezember 1956 6/306; Januar 1957 6/307; Februar 1957 6/308; März 1957 6/309; April 1957 6/310; Mai 1957 6/311; Juni 1957 6/312; Juli 1957 6/313; August 1957 6/314; September 1957 6/315; Oktober 1957 6/316; November 1957 6/317; Dezember 1957 6/318; Januar 1958 6/319; Februar 1958 6/320; März 1958 6/321; April 1958 6/322; Mai 1958 6/323; Juni 1958 6/324; Juli 1958 6/325; August 1958 6/326; September 1958 6/327; Oktober 1958 6/328; November 1958 6/329; Dezember 1958 6/330; Januar 1959 6/331; Februar 1959 6/332; März 1959 6/333; April 1959 6/334; Mai 1959 6/335; Juni 1959 6/336; Juli 1959 6/337; August 1959 6/338; September 1959 6/339; Oktober 1959 6/340; November 1959 6/341; Dezember 1959 6/342; Januar 1960 6/343; Februar 1960 6/344; März 1960 6/345; April 1960 6/346; Mai 1960 6/347; Juni 1960 6/348; Juli 1960 6/349; August 1960 6/350; September 1960 6/351; Oktober 1960 6/352; November 1960 6/353; Dezember 1960 6/354; Januar 1961 6/355; Februar 1961 6/356; März 1961 6/357; April 1961 6/358; Mai 1961 6/359; Juni 1961 6/360; Juli 1961 6/361; August 1961 6/362; September 1961 6/363; Oktober 1961 6/364; November 1961 6/365; Dezember 1961 6/366; Januar 1962 6/367; Februar 1962 6/368; März 1962 6/369; April 1962 6/370; Mai 1962 6/371; Juni 1962 6/372; Juli 1962 6/373; August 1962 6/374; September 1962 6/375; Oktober 1962 6/376; November 1962 6/377; Dezember 1962 6/378; Januar 1963 6/379; Februar 1963 6/380; März 1963 6/381; April 1963 6/382; Mai 1963 6/383; Juni 1963 6/384; Juli 1963 6/385; August 1963 6/386; September 1963 6/387; Oktober 1963 6/388; November 1963 6/389; Dezember 1963 6/390; Januar 1964 6/391; Februar 1964 6/392; März 1964 6/393; April 1964 6/394; Mai 1964 6/395; Juni 1964 6/396; Juli 1964 6/397; August 1964 6/398; September 1964 6/399; Oktober 1964 6/400; November 1964 6/401; Dezember 1964 6/402; Januar 1965 6/403; Februar 1965 6/404; März 1965 6/405; April 1965 6/406; Mai 1965 6/407; Juni 1965 6/408; Juli 1965 6/409; August 1965 6/410; September 1965 6/411; Oktober 1965 6/412; November 1965 6/413; Dezember 1965 6/414; Januar 1966 6/415; Februar 1966 6/416; März 1966 6/417; April 1966 6/418; Mai 1966 6/419; Juni 1966 6/420; Juli 1966 6/421; August 1966 6/422; September 1966 6/423; Oktober 1966 6/424; November 1966 6/425; Dezember 1966 6/426; Januar 1967 6/427; Februar 1967 6/428; März 1967 6/429; April 1967 6/430; Mai 1967 6/431; Juni 1967 6/432; Juli 1967 6/433; August 1967 6/434; September 1967 6/435; Oktober 1967 6/436; November 1967 6/437; Dezember 1967 6/438; Januar 1968 6/439; Februar 1968 6/440; März 1968 6/441; April 1968 6/442; Mai 1968 6/443; Juni 1968 6/444; Juli 1968 6/445; August 1968 6/446; September 1968 6/447; Oktober 1968 6/448; November 1968 6/449; Dezember 1968 6/450; Januar 1969 6/451; Februar 1969 6/452; März 1969 6/453; April 1969 6/454; Mai 1969 6/455; Juni 1969 6/456; Juli 1969 6/457; August 1969 6/458; September 1969 6/459; Oktober 1969 6/460; November 1969 6/461; Dezember 1969 6/462; Januar 1970 6/463; Februar 1970 6/464; März 1970 6/465; April 1970 6/466; Mai 1970 6/467; Juni 1970 6/468; Juli 1970 6/469; August 1970 6/470; September 1970 6/471; Oktober 1970 6/472; November 1970 6/473; Dezember 1970 6/474; Januar 1971 6/475; Februar 1971 6/476; März 1971 6/477; April 1971 6/478; Mai 1971 6/479; Juni 1971 6/480; Juli 1971 6/481; August 1971 6/482; September 1971 6/483; Oktober 1971 6/484; November 1971 6/485; Dezember 1971 6/486; Januar 1972 6/487; Februar 1972 6/488; März 1972 6/489; April 1972 6/490; Mai 1972 6/491; Juni 1972 6/492; Juli 1972 6/493; August 1972 6/494; September 1972 6/495; Oktober 1972 6/496; November 1972 6/497; Dezember 1972 6/498; Januar 1973 6/499; Februar 1973 6/500; März 1973 6/501; April 1973 6/502; Mai 1973 6/503; Juni 1973 6/504; Juli 1973 6/505; August 1973 6/506; September 1973 6/507; Oktober 1973 6/508; November 1973 6/509; Dezember 1973 6/510; Januar 1974 6/511; Februar 1974 6/512; März 1974 6/513; April 1974 6/514; Mai 1974 6/515; Juni 1974 6/516; Juli 1974 6/517; August 1974 6/518; September 1974 6/519; Oktober 1974 6/520; November 1974 6/521; Dezember 1974 6/522; Januar 1975 6/523; Februar 1975 6/524; März 1975 6/525; April 1975 6/526; Mai 1975 6/527; Juni 1975 6/528; Juli 1975 6/529; August 1975 6/530; September 1975 6/531; Oktober 1975 6/532; November 1975 6/533; Dezember 1975 6/534; Januar 1976 6/535; Februar 1976 6/536; März 1976 6/537; April 1976 6/538; Mai 1976 6/539; Juni 1976 6/540; Juli 1976 6/541; August 1976 6/542; September 1976 6/543; Oktober 1976 6/544; November 1976 6/545; Dezember 1976 6/546; Januar 1977 6/547; Februar 1977 6/548; März 1977 6/549; April 1977 6/550; Mai 1977 6/551; Juni 1977 6/552; Juli 1977 6/553; August 1977 6/554; September 1977 6/555; Oktober 1977 6/556; November 1977 6/557; Dezember 1977 6/558; Januar 1978 6/559; Februar 1978 6/560; März 1978 6/561; April 1978 6/562; Mai 1978 6/563; Juni 1978 6/564; Juli 1978 6/565; August 1978 6/566; September 1978 6/567; Oktober 1978 6/568; November 1978 6/569; Dezember 1978 6/570; Januar 1979 6/571; Februar 1979 6/572; März 1979 6/573; April 1979 6/574; Mai 1979 6/575; Juni 1979 6/576; Juli 1979 6/577; August 1979 6/578; September 1979 6/579; Oktober 1979 6/580; November 1979 6/581; Dezember 1979 6/582; Januar 1980 6/583; Februar 1980 6/584; März 1980 6/585; April 1980 6/586; Mai 1980 6/587; Juni 1980 6/588; Juli 1980 6/589; August 1980 6/590; September 1980 6/591; Oktober 1980 6/592; November 1980 6/593; Dezember 1980 6/594; Januar 1981 6/595; Februar 1981 6/596; März 1981 6/597; April 1981 6/598; Mai 1981 6/599; Juni 1981 6/600; Juli 1981 6/601; August 1981 6/602; September 1981 6/603; Oktober 1981 6/604; November 1981 6/605; Dezember 1981 6/606; Januar 1982 6/607; Februar 1982 6/608; März 1982 6/609; April 1982 6/610; Mai 1982 6/611; Juni 1982 6/612; Juli 1982 6/613; August 1982 6/614; September 1982 6/615; Oktober 1982 6/616; November 1982 6/617; Dezember 1982 6/618; Januar 1983 6/619; Februar 1983 6/620; März 1983 6/621; April 1983 6/622; Mai 1983 6/623; Juni 1983 6/624; Juli 1983 6/625; August 1983 6/626; September 1983 6/627; Oktober 1983 6/628; November 1983 6/629; Dezember 1983 6/630; Januar 1984 6/631; Februar 1984 6/632; März 1984 6/633; April 1984 6/634; Mai 1984 6/635; Juni 1984 6/636; Juli 1984 6/637; August 1984 6/638; September 1984 6/639; Oktober 1984 6/640; November 1984 6/641; Dezember 1984 6/642; Januar 1985 6/643; Februar 1985 6/644; März 1985 6/645; April 1985 6/646; Mai 1985 6/647; Juni 1985 6/648; Juli 1985 6/649; August 1985 6/650; September 1985 6/651; Oktober 1985 6/652; November 1985 6/653; Dezember 1985 6/654; Januar 1986 6/655; Februar 1986 6/656; März 1986 6/657; April 1986 6/658; Mai 1986 6/659; Juni 1986 6/660; Juli 1986 6/661; August 1986 6/662; September 1986 6/663; Oktober 1986 6/664; November 1986 6/665; Dezember 1986 6/666; Januar 1987 6/667; Februar 1987 6/668; März 1987 6/669; April 1987 6/670; Mai 1987 6/671; Juni 1987 6/672; Juli 1987 6/673; August 1987 6/674; September 1987 6/675; Oktober 1987 6/676; November 1987 6/677; Dezember 1987 6/678; Januar 1988 6/679; Februar 1988 6/680; März 1988 6/681; April 1988 6/682; Mai 1988 6/683; Juni 1988 6/684; Juli 1988 6/685; August 1988 6/686; September 1988 6/687; Oktober 1988 6/688; November 1988 6/689; Dezember 1988 6/690; Januar 1989 6/691; Februar 1989 6/692; März 1989 6/693; April 1989 6/694; Mai 1989 6/695; Juni 1989 6/696; Juli 1989 6/697; August 1989 6/698; September 1989 6/699; Oktober 1989 6/700; November 1989 6/701; Dezember 1989 6/702; Januar 1990 6/703; Februar 1990 6/704; März 1990 6/705; April 1990 6/706; Mai 1990 6/707; Juni 1990 6/708; Juli 1990 6/709; August 1990 6/710; September 1990 6/711; Oktober 1990 6/712; November 1990 6/713; Dezember 1990 6/714; Januar 1991 6/715; Februar 1991 6/716; März 1991 6/717; April 1991 6/718; Mai 1991 6/719; Juni 1991 6/720; Juli 1991 6/721; August 1991 6/722; September 1991 6/723; Oktober 1991 6/724; November 1991 6/725; Dezember 1991 6/726; Januar 1992 6/727; Februar 1992 6/728; März 1992 6/729; April 1992 6/730; Mai 1992 6/731; Juni 1992 6/732; Juli 1992 6/733; August 1992 6/734; September 1992 6/735; Oktober 1992 6/736; November 1992 6/737; Dezember 1992 6/738; Januar 1993 6/739; Februar 1993 6/740; März 1993 6/741; April 1993 6/742; Mai 1993 6/743; Juni 1993 6/744; Juli 1993 6/745; August 1993 6/746; September 1993 6/747; Oktober 1993 6/748; November 1993 6/749; Dezember 1993 6/750; Januar 1994 6/751; Februar 1994 6/752; März 1994 6/753; April 1994 6/754; Mai 1994 6/755; Juni 1994 6/756; Juli 1994 6/757; August 1994 6/758; September 1994 6/759; Oktober 1994 6/760; November 1994 6/761; Dezember 1994 6/762; Januar 1995 6/763; Februar 1995 6/764; März 1995 6/765; April 1995 6/766; Mai 1995 6/767; Juni 1995 6/768; Juli 1995 6/769; August 1995 6/770; September 1995 6/771; Oktober 1995 6/772; November 1995 6/773; Dezember 1995 6/774; Januar 1996 6/775; Februar 1996 6/776; März 1996 6/777; April 1996 6/778; Mai 1996 6/779; Juni 1996 6/780; Juli 1996 6/781; August 1996 6/782; September 1996 6/783; Oktober 1996 6/784; November 1996 6/785; Dezember 1996 6/786; Januar 1997 6/787; Februar 1997 6/788; März 1997 6/789; April 1997 6/790; Mai 1997 6/791; Juni 1997 6/792; Juli 1997 6/793; August 1997 6/794; September 1997 6/795; Oktober 1997 6/796; November 1997 6/797; Dezember 1997 6/798; Januar 1998 6/799; Februar 1998 6/800; März 1998 6/801; April 1998 6/802; Mai 1998 6/803; Juni 1998 6/804; Juli 1998 6/805; August 1998 6/806; September 1998 6/807; Oktober 1998 6/808; November 1998 6/809; Dezember 1998 6/810; Januar 1999 6/811; Februar 1999 6/812; März 1999 6/813; April 1999 6/814; Mai 1999 6/815; Juni 1999 6/816; Juli 1999 6/817; August 1999 6/818; September 1999 6/819; Oktober 1999 6/820; November 1999 6/821; Dezember 1999 6/822; Januar 2000 6/823; Februar 2000 6/824; März 2000 6/825; April 2000 6/826; Mai 2000 6/827; Juni 2000 6/828; Juli 2000 6/829; August 2000 6/830; September 2000 6/831; Oktober 2000 6/832; November 2000 6/833; Dezember 2000 6/834; Januar 2001 6/835; Februar 2001 6/836; März 2001 6/837; April 2001 6/838; Mai 2001 6/839; Juni 2001 6/840; Juli



**Politik und Wirtschaft-
in engster Wechselwirkung!
Der Kaufmann läßt
sich über die Entwicklung
durch eine führende Zeitung
mit eigenem umfassenden
Nachrichten-Dienst
und großem Finanz- und
Handelsblatt unterrichten, die
VOSSISCHE ZEITUNG**

Mit Morgen- und
Abend - Ausgabe

4.30 M

monatlich. Be-
stellung bei der
Post, in allen Ge-
schäftsstellen der
Vossischen Zeitung
oder beim Verlag,
BERLIN SW 68